

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 413—420 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

1. Juli 1919

Die Richtlinien der künftigen Steuerpolitik.

Von Dr. W. Kochmann, Chemiker und Nationalökonom.

Die folgenden Gedankengänge entstammen einem Vortrage vor der Ortgruppe Charlottenburg des „Bundes technischer Berufsstände“ vom 16./6. 1919 über „Richtlinien der deutschen Wirtschaft“. Der Vortrag erscheint in den nächsten Tagen im Verlag von Franz Siemsen, Berlin.

Von größter Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist die Frage der Schuldentilgung und der Ausbau der Steuern. Ohne Zweifel werden diese Lasten ungeheure sein. Um zu gesunden, muß der Wirtschaftskörper seine Krankheitskeime, die Schulden, abstoßen, andererseits dürfen allzu große Steuer- und Vermögensabgaben den Wirtschaftskörper nicht blutleer machen, sonst ist eine Wiederherstellung unmöglich.

Die drückendsten Schulden sind die Kriegsschulden, denn sie sind zu einem großen Teile kurzfristig und jedenfalls hoch verzinslich. Sie müssen also in langfristige und niedrig verzinsliche umgewandelt werden, schon um die jetzige Generation, die durch Krieg und Revolution schwer genug gelitten hat, etwas zu schonen, und um für den Wiederaufbau Kräfte übrigzulassen. Zu diesem Zweck ist die Ausgabe einer neuen Schuldentilgungsanleihe erforderlich, die mit höchstens $3\frac{1}{2}\%$ zu verzinsen wäre; allenfalls könnte eine Heraufsetzung des Zinsfußes um etwa $\frac{1}{8}\%$ von 5 zu 5 Jahren in Erwägung gezogen werden. Damit nun einer solchen Anleihe ein großer Erfolg gesichert wird, muß sie durch besondere Privilegien begehrenswert gemacht werden. So könnten beispielsweise die Zinseinkommen dieser Anleihe ganz oder teilweise von der in Aussicht genommenen und in irgendeiner Form sicherlich in Erscheinung tretenden 10% igen Kapitalrentensteuer befreit werden. Auch müßten bei Vermögensabgaben, die ja unvermeidlich wiederkehren werden, die in dieser Anleihe angelegte Summe eine bedeutende Vorzugsbehandlung erfahren. Da der Staat mittels dieser Anleihe seine unmittelbar drückenden hochverzinslichen Schulden in langfristige und niedrig verzinsliche umgewandelt hätte, also selbst entsprechend weniger belastet wäre, so wäre er zu solchem Entgegenkommen leicht in der Lage. Würde diese neue Anleihe zum Rückkauf der Kriegsanleihe verwendet werden, so würde selbst bei einer völligen Freilassung von der in Aussicht genommenen 10% igen Kapitalrentensteuer bei $3\frac{1}{2}\%$ iger Verzinsung immer noch ein ganzes Prozent an jährlich aufzubringenden Zinslasten erspart werden. Erfährt eine solche Anleihe bei den notwendigen Vermögensabgaben eine Vorzugsbehandlung, so vermag sie auch zugleich einen außerordentlich großen moralischen Einfluß auszuüben. Sie würde nämlich als eine Art Versicherung wirken und dem allgemeinen Wohlstand außerordentlich nützen, indem sie den Anreiz bietet, in den Zeiten stark verminderten Geldwertes Beträge niedrigprozentig festzulegen, die gegen Verlust weitgehend geschützt sind. Während die gegenwärtige Steuerwirtschaft geradezu eine Prämie auf Vermögensverschleuderung aussetzt, würde durch den Vorsichtscharakter der geschilderten Anleihe der Sinn für Rücklagen und Ersparnisse — also für die wichtigsten Mittel unserer Wiedererstarkung — neugeweckt werden. Natürlich könnte diese Anlage auch zugleich den Charakter einer Volksparkasse erhalten und dauernd Einlagen annehmen. Die Festlegung neuer bedeutender Mittel in einer solchen Anleihe würde gleichzeitig die unnatürlich gesteigerte Kaufkraft und die Inflation des Geldes vermindern, so daß auch der gegenwärtigen Geldwertung dadurch entschieden entgegengewirkt würde. Gegenüber dem hier vorgeschlagenen Prinzip der Schuldentilgung würde eine einfache Konvertierung der Kriegsanleihen zahlreiche Nachteile und Ungerechtigkeiten enthalten.

Besonders muß das Steuersystem dem Gedanken Rechnung tragen, daß eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nur möglich ist bei größter Sparsamkeit und bei einer Steigerung der Erzeugung und der persönlichen Arbeitsqualität. Der Lohn dieser Wirtschaftstugenden bestand in der alten Wirtschaft in einer Steigerung von Einkommen und Vermögen. In Zukunft werden die ungeheuren Lasten eine sehr starke Steuerprogression, ein sehr scharfes Ansteigen der Lasten mit zunehmendem Einkommen, notwendig machen. Dadurch wird naturgemäß der Mehrertrag aus besonderer Leistung sehr stark reduziert werden. Daher kann leicht der Fall eintreten, daß der Anreiz zu den genannten Wirtschaftstugenden außer-

ordentlich gering wird und viele nützliche Verbesserungen und Fortschritte werden in dem Gedanken unterbleiben, daß Risiko und Arbeit sich nicht bezahlt machen, wenn die Steuer doch den größten Teil eines dadurch erzielten Einkommens- oder Vermögenszuwachses wegnimmt. Dadurch würde aber die gesamte Wirtschaft auf das schwerste beeinträchtigt werden und hoffnungslos zusammenbrechen. Es ist daher grundsätzlich dafür zu sorgen, daß die Steuern nicht rein schematisch ausgebaut werden. Vielmehr müssen sie so differenziert und individualisiert werden, daß sie den vielgestaltigen Verhältnissen der Wirklichkeit zu folgen vermögen.

Überaus wichtig ist es, einem gewissen Teil der zu Steuerzwecken herangezogenen Vermögen und Erträge eine Sonderbehandlung angedeihen zu lassen. Diesen Teil wollen wir im folgenden kurz als „Meliorationsquote“ bezeichnen. Wenn ein Einkommens- oder Vermögenszuwachs aus einer besonderen Leistung oder aus der Verbesserung der eigenen Arbeitsqualifikation entstanden ist, dann wird diesem Zuwachs dauernd oder für eine gewisse Zeit eine besondere Steuervergünstigung eingeräumt werden müssen, falls der Steuerpflichtige bei einer besonderen Kommission einen entsprechenden Antrag stellt und den notwendigen Nachweis führt. Es kann hier außer Betracht bleiben, wie diese Kommissionen aufzubauen wären. Betrachten wir einige Beispiele: ein Lagerarbeiter habe sich etwa während der Abendstunden neben seiner Arbeit etwas mit Buchhaltung vertraut gemacht, so daß er befähigt ist, zur Stellung eines Lagerverwalters aufzusteigen; eine Stenotypistin hat eine fremde Sprache hinzugelernt, ein Lehrer hat sich auf die Hinzunahme eines weiteren Unterrichtsfaches vorbereitet. Durch diese Steigerung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit haben nun die drei Personen dieses Beispiels ihr Einkommen um drei Steuerstufen verbessert. Nach obigem Vorschlag müßten sie nun den Anspruch darauf haben, in ihrer Steuerleistung für einige Jahre nicht um drei, sondern vielleicht nur um eine oder zwei Steuerstufen hinaufgesetzt zu werden. Einem Angestellten, dessen Einkommen lediglich infolge seines zunehmenden Dienstalters, womöglich in schon vorher festgelegter Weise wächst, würde diese Vergünstigung natürlich nicht zustehen. Dagegen hätte Anspruch darauf auch der Erfinder, der Landwirt, der Meliorationen vornimmt, der Fabrikant, der arbeit- oder rohstoffsparende Methoden ersinnt und durchführt, der Kaufmann, der eine Ware neu einführt oder eine großzügige Vertretungsorganisation aufbaut. Mit einem Wort: jeder, der seine wirtschaftliche Lage auf Grund einer individuellen Leistungssteigerung verbessert, muß Anspruch darauf haben, daß ein durch besondere Tüchtigkeit entstandener Mehrertrag dauernd oder für einen gewissen Zeitraum nicht von der vollen Schärfe der Steuerprogression erfaßt wird. Die Gesamtheit hat ein weitaus größeres Interesse daran, daß die Leistungen ihrer Mitglieder möglichst gesteigert werden, als daß durch übermäßiges Anziehen der Steuerschraube der letzte mögliche Pfennig herausgeholt wird, selbst auf die Gefahr hin, dadurch den Antrieb zu einer Leistungssteigerung zu unterbinden. Auch in der Steuerpolitik muß der kaufmännische Grundsatz: „großer Umsatz, kleiner Nutzen“ Geltung haben in dem Sinne, daß es für die Volkswirtschaft zuträglich ist, wenn der Staat und die Kommunen an hohen Erträgen der nationalen Arbeit mit kleinen Prozentsätzen partizipieren, als wenn sie an niedrigen Erträgen mit hohen Steuersätzen teilhaben. Denn daran kann kein Zweifel bestehen: findet eine solche Berücksichtigung der besonderen Leistung nicht statt, so werden die notwendigerweise sehr scharf ansteigenden Steuersätze Tatkraft und Unternehmungslust in einer für die Gesamtheit verhängnisvollen Weise unterbinden. Findet andererseits aber eine vernünftige und gerechte Berücksichtigung der besonderen Leistung statt, so wird gerade durch das starke Ansteigen der Steuersätze ein Anreiz gegeben, dauernd die Leistungsfähigkeit durch besondere Anspannung zu erhöhen. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit ist aber der einzige Weg zur Gesundung Deutschlands.

Ähnlichen Gedankengängen muß auch der aus finanziellen Gründen unabweisbar notwendige Ausbau der Erbschaftsteuer unterliegen. Auch diese darf nicht so scharf zufassen, daß es unmöglich oder mindestens unwirtschaftlich wird, großzügige und weit-ausschauende Unternehmungen zu schaffen, wie sie nur durch mehrere Generationen hindurch aufgebaut werden können und deren Welttruf und weltwirtschaftliche Bedeutung nur durch eine Generationen hindurch gepflegte Tradition geschaffen werden kann. Auch das Gebäude einer Volkswirtschaft braucht starke Wirtschaftsindividualitäten als Eckpfeiler und Träger, ganz genau so, wie ein wirkliches Gebäude nicht nur aus gleichartigem Mauerwerk aufgeführt

werden kann, sondern Pfeiler und Träger und Widerlager braucht, auf denen die Hauptlasten ruhen.

Zu erwägen wäre auch eine gesetzliche Beschränkung des reinen Kapitalgewinnes, die allerdings in erster Linie Aktiengesellschaften und etwas schwächer Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kommanditgesellschaften treffen würde. Angenommen, es würde gesetzlich festgelegt, daß ein in einem Unternehmen angelegtes Kapital keine höhere Rente abwerfen darf als etwa 10 oder 15% der effektiven Einzahlung, und daß eine darüber hinaus eintretende Rente nach einem bestimmten Schlüssel zwischen dem Staat und den Angestellten und Arbeitern dieses Unternehmens geteilt werden muß, so würde daraus eine Reihe überaus wichtiger volkswirtschaftlicher Folgen entstehen. Zunächst einmal würde die reine Spekulation eingeschränkt werden. Dem Staate würden erhebliche Mittel zufließen. Die Kapitalisten hätten kein Interesse mehr an einem übermäßig teuren Verkauf der Ware, da ihr Gewinn doch eine bestimmte Verzinsung nicht überschreiten kann. Die Arbeiter und Angestellten des Betriebes hätten andererseits das größte Interesse daran, den Betrieb so rentabel wie möglich zu gestalten, da ihnen ja ein großer Teil der über die Verzinsungsgrenze hinaus gehenden Gewinne persönlich zufließen würde. Der Unternehmer wird natürlich nach allgemein menschlichen Eigenschaften solche über die Verzinsungsgrenze hinausgehenden Gewinne nicht eben gern herauszahlen. Da er sie gemäß gesetzlicher Bestimmung auf keine Weise in Geld erhalten könnte, bleibt ihm nur ein Weg übrig, sich wenigstens einen gewissen Teil dieses Übergewinnes zu erhalten. Er wird nämlich versuchen, wenigstens einen Teil dieser Beträge zu Abschreibungen und stillen Reserven zu verwenden, den Betrieb zu modernisieren, Neuanlagen zu schaffen, Versuche anzustellen usw. Das wäre aber ein Weg, der die Solidität und Leistungsfähigkeit der Unternehmungen im höchsten Maße fördern würde und der durchaus im Sinne einer gesunden und fortschrittlichen Entwicklung liegen würde. Die Brücke zwischen persönlichem Egoismus und dem Wirtschaftsinteresse der Gesamtheit wäre hergestellt. Trotz alledem würde die Verzinsungsgrenze immer noch so hoch liegen, daß selbst für Unternehmungen und Neuerungen, die mit einem Risiko verbunden sind, genug Anreiz und finanzielle Leistungsfähigkeit übrigbleibt.

An dieser Stelle muß diese kurze Skizzierung der Folgen einer solchen Begrenzung des reinen Kapitalertrages genügen. Der augenblickliche Tiefstand der Kurse, selbst der bestrentierenden Unternehmungen, würde die Einführung einer solchen Beschränkung des Kapitalgewinnes erleichtern. Aber es darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Einführung einer solchen Maßregel für die gerechte Bewertung der Erwerbskurse von Anteilen an schon bestehenden Unternehmungen große — allerdings nicht unlösbare — Schwierigkeiten bieten würde.

Die hier kurz dargestellten steuer- und finanztechnischen Methoden bedürfen selbstverständlich noch weiterer Ausgestaltungen und Entwicklungen. In ihrer Gesamtheit würden sie nicht nur auf die Entschuldung Deutschlands hinwirken, sondern gleichzeitig einen außerordentlich starken Anreiz zur Verbesserung der Erzeugung und zur Steigerung der persönlichen Leistungsfähigkeit für jeden einzelnen bieten. Sie würden also gerade das bewirken, was für Deutschlands Existenz notwendig ist.

Auch die neue Wirtschaft kann nicht durch eine Vernichtung der Vermögen gedeihen; vielmehr wird es notwendig sein, die durch Krieg und Revolution zerstörten Vermögen wieder aufzubauen — allerdings nach Möglichkeit nicht in den Händen einzelner, sondern in möglichst vielen Händen und jedenfalls in den Händen aller Tüchtigen und Sparsamen. —

Vorstehende Vorschläge scheinen uns sehr beherzigenswert, weil sie unseres Wissens zum erstenmal ein ungemein wichtiges psychologisches Moment ausnutzen. Die Steuern werden zwar auch für diejenigen, die auf Grund von besonderen Leistungen in den Genuß von gewissen Steuererleichterungen gesetzt worden sind, noch mehr als drückend sein; sie werden aber nicht so schwer empfunden in dem Bewußtsein, daß der trägere Nachbar noch schwerere Lasten zu tragen hat. Den Anreiz zu produktivem Schaffen, der damit gegeben ist, hat unser an den Abgrund gebrachtes Wirtschaftsleben in der Tat bitter nötig. — *D. Schriftl.*

Wochenschau.

(21./6. 1919.) Die wachsende Ernte bietet im großen und ganzen gute Aussichten, obwohl die Witterung während der Berichtswoche und in der letzten Zeit überhaupt manches zu wünschen übrig ließ. Zu berücksichtigen ist ferner der Mangel an künstlichen Düngemitteln, an geeignetem Saatgut und an Arbeitskräften, worüber in der Landwirtschaft während der Frühjahrsmonate vielfach geklagt wurde. Der Mangel an Arbeitskräften ist durch Verpflanzung Arbeitsloser aufs Land zum großen Teil behoben. Wenn nun trotz dieser schwierigen Umstände mit einer guten Ernte gerechnet werden kann, die aber noch besser sein wird, wenn die fehlende Feuchtigkeit in ausreichendem Maße sich schließlich einstellt, so sollte dies immerhin ein Ansporn sein, den Mut nicht sinken zu lassen. Dazu ist aber

nötig, daß alle Stände zusammenwirken. Den Arbeitermassen muß es allmählich doch dämmern, daß ihre Lohnforderungen irgendwo ein Ende haben müssen. Das gleiche muß von den produzierenden Kreisen, ob Industrie oder Landwirtschaft, erwartet werden.

Der Erhöhung der Kohlenpreise ist vom Reichswirtschaftsministerium die nachträgliche Genehmigung versagt worden. Statt der Preiserhöhung von 10 M für die t Kohlen und 15 M für die t Koks ist den Syndikatszechen etwa die Hälfte dieser Sätze mit 6 M und 8,40 M die t zugestanden worden, einschließlich der Kohlensteuer. Die Erhöhung ist also so bemessen, daß die Zechen für die ab 16./6. zugestandene Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 M pro Mann und Schicht genügenden Ausgleich finden. Die Politik der Rohstoffverbände bereitet uns trotzdem große Sorgen. Die anfänglich von den Zechen beanspruchten Erhöhungen sollten vom 15./6. bis zum 31./7. d. J. gelten. Das legt die Vermutung nahe, daß auch bei der syndikatlichen Erhöhung der Preise für Ende Juli wiederum eine Erhöhung der Preise zu erwarten gewesen wäre. Vielleicht jetzt also erst recht. Dieser Preispolitik kann man nicht beistimmen. Einzelne Zechen haben in den letzten Monaten zwar beängstigende Verlustziffern veröffentlicht. Aus den Notierungen der Bergwerksaktien an der Börse ist aber gerade nicht zu schließen, daß die Lage des Bergbaues im allgemeinen kritisch ist. Die Umstellung der Industrie auf die Friedenswirtschaft geht ohne Verluste nicht ab. Das sollte auch im Bergbau deswegen besonders bedacht werden, weil Kohle die Grundlage unserer Existenz ist.

Die Haltung der Landwirtschaft entspricht zum Teil auch nicht der Not der Zeit. Wenn irgendwo ein Landbund an die Regierung das ernsthafte Verlangen richtet, die Zwangswirtschaft mit dem 1./8. bestimmt aufzuheben, da er sonst mit dem 1./7. jede Ablieferung von Erzeugnissen verweigert, so ist das eine Art Erpressung, die an der Allgemeinheit verübt werden soll. Hiergegen muß mit allen Mitteln eingeschritten werden, wenn es nicht anders geht dadurch, daß solchen landwirtschaftlichen Kreisen andere lebenswichtige Dinge, wie beispielsweise Brennstoffe, entzogen werden. Tatsache ist, daß Gesetze und Verordnungen nur noch von wenigen beachtet werden. Wohin man blickt, macht sich Anarchie breit, aber lediglich aus Eigennutz, jeder will sich nach Herzenslust die Taschen auf Kosten der Allgemeinheit füllen. An dieser Tatsache kommen wir nicht vorüber. Machen wir uns davon frei, bevor es zu spät ist.

Die Rohstoffverbände der Eisen- und Stahlindustrie haben zu der Erhöhung der Kohlenpreise noch keine Stellung genommen. Das Gesetz vom Kreislauf der Dinge wird wohl auch hier seine Wirkung tun, so daß an Preiserhöhungen kaum zu zweifeln ist. Dadurch, daß bei solchen Verhandlungen über Preiserhöhungen Vertreter der Arbeitnehmer und Verbraucher hinzugezogen werden, glauben die Verbände ihren Preissteigerungen innere Berechtigung zu geben. Im Eisenhandel macht sich ein Wucher breit, wie er wohl noch zu keiner Zeit der Hochkonjunktur betrieben worden ist. Auch den Werken wird zum Teil der Vorwurf gemacht, daß sie sich an die festgesetzten Preise nicht halten. Eisen ist aber einer der wichtigsten Baustoffe, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn dem Baugewerbe jede Tätigkeit unterbunden ist. Erkennen wir doch einmal selbst, daß nicht allein die Arbeitnehmer mit ihren andauernden Lohnforderungen unsere Wirtschaft erdrosseln, sondern daß es auch die produzierenden wie die handeltreibenden Kreise sind, welche an den heutigen Zuständen ein vollgerüttelt Maß von Schuld tragen. Wir dürfen dieser Wahrheit nicht ausweichen, wenn wir es mit der anzustrebenden Besserung ehrlich meinen.

So schmachlich und entwürdigend die Bedingungen sind, welche uns in dem sogenannten Friedensvertrage auferlegt werden, so hat sich doch in der Nationalversammlung für ihre Unterzeichnung eine Mehrheit gefunden, woraus die Regierung die naheliegenden Konsequenzen gezogen hat. Wer tagtäglich im Buche unserer zugrunde gerichteten Wirtschaft blättert, kann es verstehen, daß wir selbst die härtesten Bedingungen auf uns nehmen wollen, um endlich einmal wieder den Punkt zu finden, wo wir den Wiederaufbau beginnen können.

Die schwierige Lage hinsichtlich der Rohstoffversorgung hat sich nicht geändert. Manche Erwartungen sind bis jetzt jedenfalls überspannt worden. Die einzige Erleichterung, welche uns die Entente zugestanden hat, besteht darin, daß wir die in angrenzenden neutralen Ländern lagernden Waren einführen können, die vor dem 7./5. dort gekauft und bezahlt worden sind. Unsererseits bedarf es dazu aber der Einfuhrerlaubnis mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Reichsmark. Die hiermit verbundenen Umständenlichkeiten schieben den Zeitpunkt des Wiederbeginns der Versorgung mit dringend nötigen Rohstoffen zunächst noch hinaus.

Die ablehnende Haltung der Entente hat die Börse bei uns nicht gestört. Der lebhafteste Verkehr hielt fast bis zum Schluß der Woche an. Dann trat jedoch allgemeine Zurückhaltung ein. Einzelne Papiere des Anilinkonzerns lagen nach Abtrennung des Dividendencoupons entsprechend niedriger. Die Frankfurter Börse notierte für Badische Anilin 286 (293), Goldenberg 356 (359), Th. Goldschmidt 212 (210), Chem. Fabrik Griesheim 175½ (174½) und Farbwerke Höchst 246¼ (262) %.

k.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Niederländisch-Ostindien. Geplante Ausfuhrzölle. Nach „Telegraaf“ vom 26./5. soll in Niederländisch-Ostindien im laufenden Jahre lediglich auf Petroleum ein Ausfuhrzoll gelegt werden, während im Jahre 1920 auch ein solcher für andere Erzeugnisse, u. a. Zucker, vorgesehen ist.

England. Der Kohlenkontrolleur hat die Ausfuhr von Süd- und West-Yorkshire-, Derbyshire- und Nottingham-Kohle aus den Häfen des Humber freigegeben. („Times“ vom 2./6. 1919.)

Frankreich. Alle Einfuhr von Papier und Karton, von Waren aus Papier und Karton, von Halbzeug und Rohstoff zur Papier- und Kartonfabrikation wird den Bestimmungen der ministeriellen Entscheidung vom 1./3. 1919 unterworfen. Die Einfuhrbewilligung wird vom Comptoir des pâtes et papiers in Paris, 154 Boulevard Haussmann, gegeben. Für die Einfuhr von Papier und Rohstoffen zur Herstellung von Zeitungspapier gibt das Presseamt (office national de la presse) in Paris, Rue d'Amsterdam 72, die Erlaubnis. Diese Bestimmungen gelten auch für Algerien. („Le Bulletin“ vom 22./5. 1919.)

— Eine Bekanntmachung der Generalzolldirektion im „Journal officiel de la République Française“ vom 7./4. 1919 enthält u. a. folgende Entscheidungen für die Anwendung des Zolltarifs: Grisambrin wie synthetische oder künstliche Riechmittel (T.-Nr. 112 bis). — Lysol oder verseiftes Kresol wie Seifen, andere als Parfümerieseifen (T.-Nr. 312). — Mangano-Titan wie chemische Erzeugnisse, anderweit nicht genannt, andere als mittels Alkohols hergestellt (T.-Nr. 282 Abs. 2). — Nonanol wie synthetische oder künstliche Riechmittel (T.-Nr. 112 bis). — Paranitrosodimethylanilin nach T.-Nr. 280 Abs. 2 zu verzollen. — Zahn-Pasta, -Creme und -Wasser, mit einem ganz geringen Zusatz von Saccharin — wie Parfümerien, je nach der Art (T.-Nr. 311). Das Saccharin unterliegt der inneren Verbrauchsabgabe von 300 Fr. für 1 kg. — Zinksulfid, phosphoreszierend wie chemische Erzeugnisse, nicht besonders genannt, andere (T.-Nr. 282 Abs. 2). — Schrauben aus Schmiedeeisen, Stahl oder Kupfer, mit Kopf aus Wolfram, für magnetische Apparate bearbeitet wie Wolfram, chemische Erzeugnisse, nicht besonders genannt, andere (T.-Nr. 282 Abs. 2).

Italien. Die Beschränkungen der Ausfuhr nach Norwegen sind vom Obersten Blockaderat aufgehoben worden. Für die italienische Ausfuhr nach Norwegen sind in Zukunft nur die Einfuhrbestimmungen der norwegischen Regierung und die allgemeinen, mit Rücksicht auf den Inlandsverbrauch getroffenen italienischen Ausfuhrbestimmungen zu beachten. („Secolo“ vom 30./5. 1919.)

Niederlande. Laut Bekanntmachung des Ministers für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel vom 4./6. 1919 fällt Strohpappe nicht mehr unter das Ausfuhrverbot für Papier und ist zur Ausfuhr freigegeben. („Niederlandsche Staatscourant“ vom 4./6. 1919.)

— Mit dem 1./4. 1919 sind die Verbotsbestimmungen, betreffend den Transport und die Ablieferung von Oxalsäure, Natriumsulfat, Wasserglas, Natriumhyposulfit, Benzoesäure, Borsäure, Salicylsäure, Borax, Aluminiumsulfat, Alaun, Natriumalaun und Ammoniumalaun aufgehoben worden. Das Rijkskantoor vor Chemicalien hat daher am 1./4. 1919 seine Tätigkeit eingestellt.

Jugoslawischer Staat. Auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums vom 15./5. 1919, werden alle Vorräte an Spiritus, die sich in den der Verzehrungssteuer anheimfallenden Brennereien, Raffinerien und freien Spiritusmagazinen befinden, unter Sperre gelegt, ebenso auch die gesamte weitere Produktion. Bis zur weiteren Verfügung des Finanzministeriums darf Spiritus an niemand abgegeben werden. („Riječ“)

Ungarn. Durch Verordnung des Volkswirtschaftsrates vom 21./6. wird verfügt, daß alle Erfindungen, die bisher Fabrikgeheimnisse darstellten, sowie alle Geheimverfahren von nun ab in allen Betrieben in nutzbringender Weise zur Ersparung von Material und Arbeitskraft ausgenutzt werden sollen. Die Produktionskommissionen der Betriebe sind verpflichtet, dem Volkswirtschaftsrat von den Erzeugungsgeheimnissen ihrer Betriebe Mitteilung zu machen, damit diese in das Eigentum der Räterepublik übergehen. Eine weitere Verordnung enthält Bestimmungen über die neuen Richtlinien des Patentwesens. Jede Erfindung eines Ungarn ist danach Eigentum der Räterepublik, die den Erfinder nach dem wirtschaftlichen Nutzen seiner Erfindung entlohnt.

Marktberichte.

Neufeststellung des Silberpreises. Die Deutsche Gold- und Silber-Soheideanstalt in Frankfurt a. M. wird unter Kontrolle der Behörde, also öffentlich, auf Grund der Londoner Parität, unter Zuhilfenahme neutraler Devisenkurse, einen Silberrichtpreis durchschnittlich für

den Erzeuger und für Mengen von 10 kg aufwärts feststellen und veröffentlichen. Es wird also nunmehr eine Annäherung an den Weltpreis sich vollziehen und dadurch der Silberpreis von zuletzt 320 M auf augenblicklich etwa 600 M steigen. („Frankf. Ztg.“)

Als Richtpreise für Lieferungen auf Grund von Kontingentscheinen, welche nach dem 31./5. 1919 ausgestellt sind, und von aus solchen abgeleiteten Teilkontingentscheinen, gelten bis auf weiteres die Preise von 450 M für Kupfer, 1400 M für Zinn, 1500 M für Nickel, 100 M für Blei, 1000 M für Aluminium (alles für 100 kg Metall). Für Rohzink bleiben die Bestimmungen der „Bekanntmachung, betreffend Preisänderung für Rohzink auf Kontingentschein“, vom 24./2. 1919 (s. a. S. 174) in Geltung. Für Zink, Antimon und Platin wird von einer weiteren Kontingentierung abgesehen.

Neue englische Kohlenausfuhrpreise. Am 31./5. treten neue Ausfuhrpreise für Kohlen, Koks und andere Brennmaterialien in Kraft. Die festgesetzten Preise für die alliierten Länder gelten jetzt als Mindestpreise. Die Gebühren für den Exporteur betragen bei FOB-Preisen mindestens 2%, während die Höchstgebühr auf 33 1/2% festgesetzt ist. Die Kohlenausfuhrpreise nach Spanien bleiben unverändert, und die Preise für die übrigen neutralen Länder, die bisher verschieden waren, haben jetzt dieselbe Höhe. („Manchester Guardian“ vom 31./5. 1919.)

Erhöhte Salzpreise in Rußland. In der am 5./5. abgehaltenen Sitzung des Kollegiums der Bergwerksabteilung beim Obersten Volkswirtschaftsrat wurde auf Grund von Berichten der Zentralverwaltung der Baßkuptschak Salzbergwerke beschlossen, die Preise für 1 Pud Salz (16,38 kg) am Orte der Gewinnung zu erhöhen, und zwar in Baßkuptschak auf 2 Rbl. 20 Kopeken, in Wladimirsk auf 2 Rbl. 50 Kopeken. („Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 10./5. 1919.)

Das Wirtschaftsministerium für Westaustralien sucht bei der Bundesregierung die Genehmigung nach für die **Zuckereinfuhr aus Java**, stößt hierbei jedoch zunächst noch auf den Widerstand des Kolonial-Schatzministers. Wie hierzu ausgeführt wird, kann javanische Zuckerraffinade nach Westaustralien zum Preise von ungefähr 20 Pfd. Sterl. für 1 t geliefert werden, während für den aus den Oststaaten Australiens stammenden Zucker 30 Pfd. Sterl. und mehr verlangt wird.

Verteuerung von Arzneimitteln. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern befindet sich infolge der in neuerer Zeit eingetretenen Steigerung der Einkaufspreise für Arzneimittel ein zweiter Nachtrag zur Deutschen Arzneitaxe 1919 in Vorbereitung. Bereits jetzt festgesetzte Preisänderungen sind als vorläufiger Nachtrag zur Arzneitaxe schon am 5. d. M. in Kraft getreten.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Der **Siegerländer Eisensternverein** ist ab 1./7. um zwei Jahre verlängert worden, weil die Grube „Neue Hardt“ dem Verein inzwischen ebenfalls beigetreten ist. („Köln. Volksztg.“)

Die Errichtung des tschechischen **Syndikates der Emailfabriken** (s. a. S. 377) wird voraussichtlich großen Einfluß auf die Geschäftsbearbeitung der „Email Union A.-G.“, welche als Kartell der österreichischen und ungarischen Fabriken für Emailwaren gegründet wurde, haben. Wie verlautet, wird zwischen der Email Union A.-G. und dem Syndikat eine Einigung zustande kommen, welche teilweise auf eine Liquidierung des gewesenen Kartells hinausläuft.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Neue Industriezweige in Canada. Der Canadian Scientific and Technical Research Council machte auf die Möglichkeit aufmerksam, zwei wichtige Industrien in Britisch-Columbien zu gründen. Es handelt sich um die Fabrikation von denaturiertem Spiritus aus den Abfallprodukten der vielen Holz- und Papierfabriken an der Pazifischen Küste und die Nutzbarmachung von Fisch und Fischabfall als Düngemittel, als Fischöl oder als Geflügelnahrung. Diese Abfallstoffe werden jetzt einfach fortgeworfen. Ferner wird über die Entdeckung von ausgedehnten Alunitlagern am Kyoquot Sound gemeldet. Dieses Lager soll das viertgrößte der Welt sein und würde sich für die Farmer von Britisch-Columbien, die hohe Preise für Düngemittel im Handel zahlen müssen, von hohem Wert erweisen. Der Alunit soll reich an Pottasche, Aluminium, Natrium und Kiesel sein. Eine Gesellschaft ist bereits von Interessenten in Seattle gegründet worden, sie will eine Fabrik in Kyoquot Sound errichten, die 500 t täglich erzeugen wird. Der Verbrauch von Sodaasche in Canada beträgt jetzt schätzungsweise 50 000 t. Die meiste Sodaasche kam früher aus Großbritannien, bis der Krieg Canada von den Lieferungen ausschloß. Jetzt hat eine britische Gesellschaft eine Neuanlage in Amherstburg (Ontario) zweckmäßig ausgebaut, so daß sie in der Lage ist, die Nachfrage Canadas zu decken. Die

Anlage besitzt einen der größten Kalköfen in Höhe von 80 Fuß. („Board of Trade Journ.“ vom 10./4. 1919.) ar.

Guatemala als Absatzmarkt. Gegenwärtig haben die Vereinigten Staaten und England ein Monopol fast auf seinen ganzen Einfuhrhandel. Vor dem Kriege hatte Deutschland dort einen bedeutenden Platz, da es dorthin Waren für mehr als 8 Mill. Fr. ausführte. Die hauptsächlichsten Artikel, die es zum großen Teil aus Deutschland bezog, waren u. a. folgende: Pharmazeutische Spezialitäten: Einige deutsche Firmen haben auch während des Krieges an die Zeitungen und Zeitschriften Guatemalas Mitteilungen gesandt, um auf diese Weise die günstige Stimmung zu unterstützen und überdies für die Zukunft vorzusorgen. Heute haben die Vereinigten Staaten das Übergewicht. Indessen könnte auch Frankreich einen günstigen Platz erobern, da das Volk für französische Präparate sehr empfänglich ist. Farben und Farbstoffe: Die Vereinigten Staaten machten hierin schon vor dem Kriege Konkurrenz, sie versorgen jetzt allein den Markt. Gewebe: Gewisse Artikel französischer Herkunft sind zur Zeit sehr begehrt. Der Hauptlieferant ist England. („Exportateur français.“) Gr.

Das Abkommen der Schweiz mit Deutschland ist am 13./6. ratifiziert worden. Nach dem Abkommen erteilt Deutschland Ausfuhrbewilligungen für 1. Kohle (aus dem Ruhrbezirk) 50 000 t monatlich gemäß dem Vertrag, der in Basel am 9./5. 1919 zwischen der rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft in Mülheim a. d. Ruhr und der schweizerischen Kohlengengesellschaft in Basel abgeschlossen worden ist. 2. Linksrheinische Kohlenbriketts 12 000 t monatlich unter der Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Transporte ermöglichen. Deutschland wird, soweit es die Verhältnisse, insbesondere die Benutzung des Rheins und der linksrheinischen Bahnen gestatten, alles irgend mögliche tun, um über die oben angegebene Menge hinaus Ausfuhrbewilligungen für Kohlen zu erteilen. 3. Eisen und Stahl. Deutschland verpflichtet sich, den schweizerischen Wünschen bezüglich Versorgung mit Eisen und Stahl, insbesondere durch Erteilung der Ausfuhrbewilligung, im Rahmen der Möglichkeit nachzukommen. 4. Kalisalze, 20 und 30%, 250 Wagen monatlich. 5. Thomasmehl 125 Wagen monatlich. 6. Rohrzucker als Ersatz für aus der Schweiz zu beziehende Kondensmilch und Schokolade, für die Dauer des Abkommens 250 Wagen. — Die Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen über: 1. Milcherzeugnisse 50 Wagen monatlich. 2. Frische Milch nach Möglichkeit in bisherigem Umfang. 3. Vollreis 25 Wagen monatlich. 4. Schokolade und Kakao oder dgl. Pulver 15 Wagen monatlich. Ferner Rindvieh und Ziegen. Das Abkommen läuft vom 1./6. bis 30./11. 1919, doch hat jeder Teil das Recht jederzeitiger Kündigung mit einmonatiger Frist.

Über die vereinbarten Kohlenpreise und Kohlenarten werden in „N. Z. Z.“ vom 16./6. folgendes mitgeteilt: 30 000 Großkoks für Gießereizwecke, Preis nach dem letzten Abkommen 200 Fr., nach dem neuen 110 Fr. für 1 t; 7500 t Gasförderkohlen früher 183 Fr., jetzt 93 Fr.; 7500 t Gasstückkohlen und Gasnüsse früher 186 Fr., jetzt 96 Fr.; 5000 t Maschinenkohlen früher 183 Fr., jetzt 93 Fr. Diese Preise verstehen sich ab Zeche, franko Schweizer Grenze kommen noch 30 Fr. die t hinzu. Die von Frankreich gelieferte Saarkohle wird mit 120 Fr. durchschnittlich franko Schweizer Grenze bezahlt. Mit diesem Mittelpreis müssen aber auch die schlechten Sorten bezahlt werden, während das Abkommen mit Deutschland nur erstklassige Sorten vorsieht. Gegenüber den belgischen, englischen und amerikanischen Kohlen sind die deutschen viel günstiger. Die englische Kohle z. B. kommt auf 150—170 Fr. die t zu stehen. Das Schweizer Ernährungsamt hat berechnet, daß mit dem von Deutschland zu liefernden Kunstdünger etwa 4500 Wagen Heu erzielt werden können und damit das Dreifache der Milch, die ihrerseits oder in Form von Milcherzeugnissen (abgerahmter, kondensierter Milch, Kräuter- und Magerkäse) an Deutschland geliefert wird. Sf.

Italien. In Savona wurde eine Gesellschaft für die Einfuhr englischer Kohle mit einem Kapital von 3 Mill. Lire gegründet, an der die hauptsächlichsten Kohleneinfuhrfirmen von Turin, Mailand und Savona beteiligt sind. („Ag. Econ. et Fin.“ vom 7./6. 1919.) ar.

Bei der Generaldirektion für Handel im Ministerium für Handel, Industrie und öffentliche Arbeiten wird ein neues Handelsinstitut Osservatorio Commerciale geschaffen werden. Es soll die Entwicklung von Handel und Industrie in Italien und den Verlauf des Handelsverkehrs mit dem Auslande verfolgen. Es wird sich ferner das Studium der Bedingungen und Tendenzen von Handel und Industrie im Auslande, der Erzeugungs- und Verkaufspreise, besonders der für den Handel wichtigen Erzeugnisse mit ausgedehntem Absatz im In- und Auslande zur Aufgabe machen und endlich der Anwendung und Entwicklung von Handelsverträgen mit fremden Ländern und der Gesetzgebung sowie allen die Volkswirtschaft Italiens betreffenden Gebieten seine Aufmerksamkeit widmen. Das ehemalige Handelsinformationsbureau (s. a. S. 135) wird in das neue Handelsinstitut übergehen. („Corriere della Sera“ vom 25./5. 1919.) dn.

Polen. Die galizischen Rohöldistrikte vor der Internationalisierung. Erhebliches deutsches Kapital steckt in der galizischen Rohöl-

industrie. Die Vorgänge in Galizien erfordern unsere volle Aufmerksamkeit, weil sie in Beziehungen stehen zu der Monopolisierung des ostgalizischen, rumänischen und kaukasischen Petroleumgebietes. Französische und englische Interessenten beabsichtigen eine Art Weltsyndikat zu etablieren und damit ein Unternehmen zu schaffen, das sich erfolgreich dem amerikanischen Konzern entgegenstellen kann. Daß auf den galizischen Petroleumfeldern das Eingreifen der Entente notwendig geworden ist, liegt an der Selbstsucht, die die Polen und Ukrainer bei den Besitzstreitigkeiten leitet. Beide Parteien machen weitgehende Ansprüche auf die Rohölgruben. Man steht sich so schroff gegenüber, daß die schwersten Verwicklungen zu befürchten wären, sollte es der Ententekommission, die jetzt nach Galizien unterwegs ist, nicht gelingen, Frieden zu stiften. Dieser Frieden läßt sich nur in Form einer Internationalisierung herbeiführen, in welchem Falle französisches und englisches Kapital die Führung übernehmen würde. Heute sind die Gruben von den Ukrainern besetzt, die erhebliche Lieferungsverträge getätigt haben. Da die Transporte über polnisches Gebiet geleitet werden müssen, so benutzen die Polen jeden Anlaß, um diesem Transportverkehr Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Es verlautet, daß viele galizische Petroleumbetriebe sich nicht mehr halten können und vor dem Konkurse stehen. Viele Gruben sollen in der nächsten Zeit im Wege der Liquidation verkauft werden. Die Ententekommission wird also in Galizien viel zu tun haben. Sie wird mit verhältnismäßig geringen Geldopfern die wertvollsten Stücke aus diesem altösterreichischen Erbschatz an sich bringen können. („Berl. Tgl.“) H.

Schwedens Handelsbeziehungen zu Brasilien. Der schwedische Generalkonsul in Rio de Janeiro Y. Th. Panes weist in seinem der schwedischen Regierung erstatteten Jahresbericht für 1918 auf die großen Möglichkeiten hin, die Schwedens Ausfuhr in erster Linie auf dem Holz-, Papier- und Zementmarkt offen ständen. Die in Brasilien unter dem Namen „Pinho de Riga“ gangbaren Hölzer seien für Bauzwecke viel widerstandsfähiger als die brasilianischen. Die Hauptschwierigkeit bei der Ausfuhr schwedischer Hölzer habe in den verschiedenen Auffassungen bezüglich ihrer Spezifikation bestanden. Es empfehle sich daher, daß schwedische Ausfuhrfirmen größere Lager der gangbaren Dimensionen in Brasilien selbst unterhielten. In der Einfuhr von Papiermasse habe Schweden früher eine Monopolstellung eingenommen, sei aber seit 1916 von Norwegen stark bedroht, das sich bei der Anlage großer Fabriken dortselbst beteiligt habe. Auf dem Papiermarkt könne Schweden sehr wohl den großen Anteil der Einfuhr an sich reißen, den mit nicht weniger als 37% der Gesamteinfuhr Deutschland vor dem Kriege besessen habe. Der schwedische Zement endlich sei seit 1916 in Brasilien aus Schweden bedeutend billiger zu haben als aus anderen Ländern. Der Bericht gibt auch die Anregung, daß Schweden sich beizeiten finanziell an der Entwicklung der brasilianischen Eisenindustrie beteiligen solle, welche bei den vorhandenen reichen Bodenschätzen (Verhüttung mit Hilfe von Holzkohlen) sich doch nicht aufhalten lasse und anderenfalls für Schweden eine schwere Konkurrenz werden könne. (Nach „Svensk Handelstidning“ vom 28./5. 1919; „Nachrichten“ 123, 1919.) ar.

Die Aussichten der deutschösterreichischen Ausfuhrindustrien. In der letzten Zeit ist hinsichtlich der Lage der Industrie insofern eine Besserung eingetreten, als sich der Kohlenmangel in mancher Hinsicht nicht mehr so empfindlich geltend macht wie früher. Die Bahnen werden durch die Verfügungen der Ententekommission nunmehr ausreichend mit Kohle versorgt. Infolgedessen hat auch die Beschlagnahme von Kohle bei den innerösterreichischen Kohlenwerken aufgehört. Dies kommt insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie zugute, in der es mehrere Unternehmungen gibt, die über eigene Kohlengruben verfügen oder an Kohlenwerkunternehmungen Deutschösterreichs beteiligt sind. Die meisten Eisen- und Stahlwerke verfügen bereits seit geraumer Zeit über umfangreiche Aufträge in Friedensmaterial. In letzter Zeit zeigt sich auch seitens der Ententeländer großes Interesse für innerösterreichische Stahl- und Eisenerzeugnisse. Die interalliierte Wirtschaftskommission und besonders die amerikanischen Vertreter in derselben bemühen sich, den Handelsverkehr zwischen Amerika und Innerösterreich wieder anzubahnen. Sie stellen günstige Zahlungsbedingungen und suchen vor allem hochwertige Qualitätsstähle, die übrigens auch schon vor dem Kriege in Amerika eingeführt waren. Die Qualitätsstahlindustrie ist bekanntlich jetzt mehr denn je auf die Ausfuhr angewiesen, zumal ihre Werke in der Kriegszeit eine erhebliche Ausdehnung genommen haben und die Erzeugung von Kriegsmaterial vorläufig nicht in Betracht kommt. Schiffsraum steht genügend zur Verfügung, da die bisher von Triest leer ausgelaufenen Lebensmittelschiffe zum Versand nach Übersee benutzt werden können. Auch die Ausfuhrmöglichkeit anderer Industrieerzeugnisse wird gegenwärtig auf Anregung des Staatsamts für Handel bei den industriellen und gewerblichen Organisationen in Erwägung gezogen. Mit der Wiederaufnahme unserer Magnesitausfuhr nach Amerika kann auch gerechnet werden. Die steirische Magnesitindustrie lag während des Krieges ziemlich darnieder und war hauptsächlich auf Deutschland und einige neutrale Staaten beschränkt. Insgesamt hat die österreichisch-ungarische Magnesitausfuhr in den

letzten Jahren kaum ein Viertel der normalen Ausfuhr betragen, da die Ausfuhr nach Amerika und England, den Hauptabnehmern, völlig stockte. Vor kurzem wurde mit dem tschechischen Staat ein Kompensationsvertrag abgeschlossen, wonach gewisse Mengen steirischen Magnesits für die sudetenländischen Eisenwerke gegen entsprechende Quanten Kohle für die Magnesitwerke geliefert werden sollen. Wenn die Brennstoffversorgung unserer Industrie binnen kurzem sichergestellt sein wird, was mit Rücksicht auf die seitens der Entente eingesetzte Kommission zur Verteilung der Kohलगewinnung in den ehemals österreichischen Ländern erhofft werden kann, dann dürften insbesondere unsere Ausfuhrindustrien ihre alten Beziehungen mit dem Ausland wieder anknüpfen können. Die Gelegenheit dazu ist gegenwärtig, insbesondere wegen der in den Lebensmittellagen und -schiffen zur Verfügung stehenden Verfrachtungsmöglichkeiten, der Ausfuhr nach Amerika günstig. („Neue Freie Presse“ vom 18./5. 1919.) *ar.*

Ungarn. Das Volkskommissariat für soziale Produktion errichtet ein **Zuckeramt**, in dessen Wirkungskreis die sachgemäße Leitung der Zuckerfabrikherzeugung und der Zuckerfabriken, die Beschaffung des zu den Betrieben gehörigen Materials und die Verteilung des zur Verfügung stehenden Zuckers gehört. („Vörös Ujság.“) *u.*

Deutschösterreich. **Warenaustausch mit Polen.** Zwischen der deutschösterreichischen und der polnischen Regierung schweben Verhandlungen über die Lieferung von Kohle, Lebensmitteln, Erdöl und Erdölzerzeugnissen seitens Polens, das hierfür eine Reihe Abrüstungsgüter, und zwar insbesondere Uniformstücke, Leder, Militärschuhe, Kraftwagen, sowie gewisse Rohstoffe, darunter Magnesit, erhalten soll. („Österr. Handelsmuseum“ vom 30./5. 1919.) *dn.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Österreich. **Geschäftsbericht.** Österr. Alpine Montangesellschaft. Das Ergebnis des ersten Quartals war ungünstig. Die Werke der Gesellschaft stehen zum großen Teil still. Von sechs Hochöfen arbeitet ein einziger, Donawitz, mit halber Leistungsfähigkeit, dürfte aber wegen Koksmanget in naher Zeit neuerlich vorübergehend eingestellt werden. Von den Walzwerken steht das große Blechwalzwerk Zeltweg seit einigen Wochen still. Gegenwärtig wird in sehr beschränktem Umfang auf einigen Strecken in Donawitz, Kindberg und Neuberg gearbeitet, doch sind auch hier in der letzten Zeit Einschränkungen eingetreten. Die Kapitalvermehrung wurde durchgeführt und hat ein Ergebnis von etwas weniger als 45 Mill. Kr. geliefert, wodurch die schwebende Schuld zum großen Teil getilgt wird. Wenn nicht im zweiten Semester eine wesentliche Besserung eintritt, so muß mit der Möglichkeit der Dividendenlosigkeit für das heurige Jahr gerechnet werden. („N. Fr. Pr.“ vom 21./5. 1919.) *u.*

Chemische Industrie.

England. **Nachahmung deutscher Farbstoffe.** In einer Reklame in den „Financial News“ vom 11./6. 1919 rühmt sich die A. E. Hawley & Co. Ld. in ihren Sketchley Dye Works in Hinckley Strümpfe und Socken mit ihrer hygienischen und garantiert fleckenlosen und säurebeständigen schwarzen Farbe genau in der Art des berühmten deutschen „Hermsdorff Schwarz“ zu färben, dem die Chemnitzindustrie einen solchen Weltruf verdanke. Schon vor dem Kriege habe Hawley eine vollständige Einrichtung zur Herstellung dieses Farbstoffes aus Deutschland bezogen, die im Kriege von englischen Ingenieuren nach dem deutschen Muster vereinfacht worden sei. Die ganze Anlage habe dauernd Tag und Nacht mit drei Achtstundenschichten gearbeitet, und jetzt könne die Firma mit einer neuen 1916 begonnenen Fabrik in Basford bei Nottingham noch einmal ebensoviel leisten. *Ec.**

— **Geplante Kapitalerhöhung.** In einer auf den 17./6. einberufenen Generalversammlung der British Dyestuffs Corporation soll über die Erhöhung des Kapitals von 6 auf 10 Mill. Pfd. Sterl. durch Schaffung von je 2 Mill. Pfd. Sterl. bevorzogter Stammaktien und Vorzugsaktien zu gleichem Recht mit den vorhandenen zu 1½ Mill. Pfd. Sterl. beider Klassen Beschluß gefaßt werden. („Fin. News“ vom 17./6. 1919.) *Ec.**

— **Dividende.** Die United Indigo and Chemical Company kündigt für das erste Halbjahr 1919 die Ausschüttung einer Dividende von 5% (aufs Jahr berechnet) auf die Vorzugsaktien an. („Fin. Times“ vom 12./6. 1919.) *Ec.**

Tschechoslowakischer Staat. **Neugründung.** „Chemza“, chemische Fabriken, G. m. b. H., Karolinenthal; Erzeugung und Vertrieb von Schmierölen, Fetten, Ölen, Vaseline und anderen Chemikalien. Stammkapital 100 000 Kr. Geschäftsleiter Max Pick und Emil Pick. *u.*

Ungarn. Das Volkskommissariat hat die **Erzeugung von Spelööl aus Sonnenblumen** in die Wege geleitet. Es sind bisher an Erzeuger etwa 250 dz Sonnenblumensamen, die zum Anbau von 5000 Katastraljoch ausreichen, geliefert worden. Die Blätter der Pflanzen werden als Futtermittel für Schafe, die Stengel als Brennmaterial verwendet werden. Die Landwirte sollen eine der Menge der abgelieferten Kerne entsprechende Anzahl von Ölkuchen zu Futterzwecken zurück erhalten. („Prager Zeitung“ vom 28./5. 1919.) *dn.*

Verschiedene Industriezweige.

Tschechoslowakischer Staat. **Neugründungen.** „Lupulina“, tschechische Ausfuhr von Hopfen, G. m. b. H., Prag, Wenzelsplatz 35, Stammkapital 200 000 Kr. Geschäftsleiter Gottlieb Vojtěchovsky, Emil Wallenfels und Adolf Kráb. — **Tschechoslowakische Hopfenhandels-gesellschaft**, Ges. m. b. H. in Prag. Stammkapital 200 000 Kr. — **Gesellschaft für Ein- und Verkauf von Rohstoffen**, Ges. m. b. H. in Prag. Stammkapital 900 000 Kr. *u.*

Österreich. **Geschäftsabschluß.** Die erste österreichische Glanzstofffabrik A.-G. verteilt aus dem Reingewinn von 579 899 Kr., nach Abzug einer Sonderrücklage von 150 000 Kr. und satzungsgemäßen Quoten 10% Dividende. Neuortrag 137 814 Kr. („Nachrichten“ 123, 1919.) *on.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Forschungsinstitute.

Der erste Jahresbericht der neu errichteten deutschen **Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München** liegt nun vor. Dieses in enger Verbindung mit der Universität München stehende Unternehmen, das durch Stiftungsurkunde vom 3./4. 1918 gegründet wurde, hat den Zweck, die Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit guten und billigen Lebensmitteln zu erleichtern. Die Entstehung der Anstalt beruht auf der Erkenntnis, daß bei der Gewinnung, Aufbewahrung und Zubereitung unserer Lebensmittel erst dann wirklich sachgemäß verfahren und der größtmögliche Nutzen herausgewirtschaftet werden kann, wenn die dabei stattfindenden chemischen Vorgänge hinreichend klargestellt sind. Diese Aufklärungsarbeit ist um so dringlicher und wichtiger, als durch den unglücklichen Ausgang des Krieges die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vor neue Aufgaben gestellt worden ist. Hier muß, wie auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, künftig viel mehr als früher die größte Sparsamkeit herrschen. Der Wiederaufbau der Lebensmittelindustrie, die während des Krieges zum großen Teil ungeheuer gelitten hat, muß nach einem wohl überlegten Plane geschehen. Wertvolle Anregungen dazu enthält ein Aufsatz von Prof. Th. Paul, dem Direktor des Instituts: „Das Studium der Lebensmittelchemie nach dem Kriege“ (Angew. Chem. 32, I, 105 [1919]). Die verschiedenen Zweige der Lebensmittelindustrie können heute die chemische Wissenschaft nicht entbehren. Die Art und Zubereitung der Speisen und unsere heutigen Kochbücher unterscheiden sich mit geringen Ausnahmen nicht wesentlich von denen der früheren Jahrhunderte, ja Jahrtausende: Unsummen von Werten gehen dadurch Tag für Tag verloren! Dabei stelle man sich vor, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren vor dem Kriege für Lebensmittel alljährlich etwa 19 Milliarden M. aufwandte und daß drei Viertel der gesamten Bevölkerung, und zwar der minderbemittelte Teil, ungefähr zwei Drittel des Einkommens für Essen und Trinken ausgab. Die Bromatik, das ist die Lehre von der Zubereitung der Speisen nach wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen, muß künftig viel mehr als bisher die Grundlage für die Kochbücher bilden, sowohl für Gesunde wie auch für Kranke (vgl. Th. Paul: Wesen und Bedeutung der Bromatik, Biochem. Z. 93, 365 ff. [1919]). Zu den Aufgaben der Forschungsanstalt gehört in erster Linie: Erforschung der chemischen Zusammensetzung der Lebensmittel und der bei ihrer Gewinnung stattfindenden Vorgänge, Bearbeitung der bei der Aufbewahrung und Zubereitung der Lebensmittel in Betracht kommenden chemischen Fragen auf wissenschaftlicher Grundlage und unter Benutzung der von der Technik gebotenen Hilfsmittel, die Verwertung der Nebenerzeugnisse (Abfallstoffe) bei der Gewinnung und Verarbeitung der Lebensmittel, Prüfung neuer Gedanken und Vorschläge auf dem Gesamtgebiete des Lebensmittelwesens, ferner Arbeiten über die Verwendbarkeit neuer in- und ausländischer Rohstoffe. Gleich nach dem Erscheinen des „Aufrufes zur Gründung einer deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie“ wurde mit der Bearbeitung der dringendsten Aufgaben in den Räumen des Universitätslaboratoriums für angewandte Chemie in München begonnen und im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut. Die Forschungsanstalt wird ihre hohen Aufgaben um so besser erfüllen können, als außer den an ihr ständig beschäftigten Persönlichkeiten Gelehrte, insbesondere Privatdozenten und Professoren an Universitäten und Technischen Hochschulen, zeitweise tätig sind, die auf Sondergebieten der theoretischen und angewandten Chemie sowie deren Hilfswissenschaften Hervorragendes leisten. Insbesondere soll sie aber auch eine Stätte sein, an welcher eine Anzahl praktischer Nahrungsmittelchemiker sich der wissenschaftlichen Forschungsarbeit widmen kann. Die wissenschaftlichen Arbeiten aus der Anstalt sollen im Interesse der größeren Verbreitung und der Kritik in Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Eine lange Reihe derartiger Untersuchungen, die bereits veröffentlicht sind oder demnächst herauskommen, wird mitgeteilt. Soweit sie allgemeines Interesse haben und für weitere Kreise be-

stimmt sind, werden sie in den „Mitteilungen aus der deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie“ erscheinen, deren Herausgabe in zwanglosen Heften beabsichtigt wird.

Zur Errichtung eines Anstaltsgebäudes ist seitens der Universität ein Bauplatz an der Ecke der Arcisstraße und Karlstraße erworben worden. Wenn auch die Forschungsanstalt bereits erfolgreich arbeitet und infolge der bisherigen Zuwendungen mit nicht unerheblichen Geldmitteln versehen ist, so fehlt doch noch der weitaus größte Teil des zu ihrem völligen Ausbau erforderlichen Kapitals, das bei der Gründung auf etwa 5 Mill. M veranschlagt wurde. Infolge der inzwischen stattgefundenen Umwälzung unseres gesamten Wirtschaftslebens wird jedoch wohl die Anstalt jetzt im wesentlichen auf öffentliche Mittel angewiesen sein. Es muß daher, schon im Hinblick auf die zum Wiederaufbau der deutschen Lebensmittelversorgung erforderliche wissenschaftliche Arbeit, an die Regierungen des Reiches und Bayerns sowie der übrigen Einzelstaaten die dringende Bitte gerichtet werden, in großzügiger Weise Geldmittel für die Forschungsanstalt bereitzustellen. Bayern hat bereits erhebliche Zuwendungen gemacht und weitere Mittel in Aussicht gestellt. *mk.*

Tagesrundschau.

Wie „Le Bulletin“ vom 30./5. schreibt, hat die französische Handelskammer in Malaga die **Gründung eines Handelsmuseums** mit ständiger Ausstellung französischer Waren beschlossen. Die Eröffnung soll am 1./6. stattfinden. *on.*

Um den Handel Schwedens mit Island zu erweitern, soll neben andere Bestrebungen in dieser Richtung eine **Ausstellung schwedischer Waren in Reykjavik** treten, der eine schwedische Ausstellung isländischer Erzeugnisse usw. in Stockholm gegenübergestellt wird. („Farmand“ vom 16./5. 1919.) *ar.*

Personal- und Hochschulsnachrichten.

Es wurden ernannt: Zu o. Professoren der Universität Hamburg, naturwissenschaftliche Fakultät: **Görich** (Chemiker), **Lohmann**, **Passarge** (Senatsmitglied), **Schorr**, **Voigt**, **Voller** (Physiker), **Winkler** (Stellvertreter des Rektors); Bergbau-Ing. **Th. Hoover**, London, zum Professor des Bergbaues und der Metallurgie an der Stanford-Universität in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Personalsnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: **H. Griebhammer**, Mitterteich, bei der „Porzellanfabrik Schirnding A.-G.“ in Schirnding; **Bergassessor a. D. H. Reckmann** und **Direktor C. Mockewitz**, Essen, bei der Arenbergischen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Essen; **A. Steckhan**, Schladen, bei der Fa. Aktien-Zuckerfabrik Schladen; **Wilh. Teubener**, Ortschaften, bei der Fa. Aktien-Zuckerfabrik zu Bockenem.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: **H. Arabin**, Bochum-Riemke, und **W. Rösner**, Hordel, bei der Chemischen Fabrik Monopol, G. m. b. H., Bommern; **H. Evers**, Berlin-Schmargendorf, bei der Glycerin G. m. b. H., Berlin; **H. Schüller**, Köln, bei der Fa. Schüller & Co. m. b. H., Köln; **G. Thon**, Hannover, bei der Fa. Chemisch-Technisches Laboratorium Hannover-Waldhausen G. m. b. H., Hannover; **Chemiker W. Tobien**, Köln-Lindenthal, bei der Chemischen Fabrik Bucherer Söhne, G. m. b. H., Köln; **O. Weiß**, bei der Fa. „Chemische Fabrik Erfurt, G. m. b. H.“, Erfurt.

Prokura wurde erteilt: **H. Carl** und **H. Hager**, Pforzheim, bei der Fa. Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Roeßler, Pforzheim; **M. Schüller**, bei der Fa. Schüller & Co. m. b. H., Köln; **P. J. Stommel**, Köln-Nippes, bei der Fa. „Chem. Fabrik & Farbwerke Dr. Koll & Spitz“, Mülheim a. Rh.

Gestorben sind: **Louis Eber**, Direktor der Brauerei Stern A.-G., Frankfurt a. M.-Oberrad, am 20./6. — **Dr. W. Johannes**, Direktor des Stahlwerks-Verbandes A.-G. Düsseldorf. — **Dr. Bohumil Kraft**, Leiter der Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt in Prag, am 21./5., 52 Jahre alt. — **Carl Lorcke**, Geschäftsführer der Fa. Max Schwarzlose, Parfümeriefabrik. — **Ernst Schreiber**, Apotheker am Chemischen Institut Dr. Horowitz, am 14./6. in Berlin. — **Carl Stoeckicht**, Gründer und Vorstand der Offenbacher Gummiwerke. — **Chemiker Chr. Wagle**, seit 2 1/2 Jahren Hüttenmeister am Kupferwerk Röros Kobberverk in Röros, kürzlich zum Obergeringenieur am Patentamt in Kristiania ernannt, am 4./6., 30 Jahre alt. — **Ing.-Chemiker Gustav Weber**, früherer Direktor der Apollo-Kerzen- und Seifenfabrik in Simmering, am 24./4. in Wien, 62 Jahre alt.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Der Vorstand des Vereins deutscher Eisenhüttenleute hat in seiner gestrigen Sitzung den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Generaldirektor **Vögler** (Dortmund), Mitglied der Nationalversammlung, zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Als erster Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Herr **Berggrat Seidel** (Esch), als zweiter Stellvertreter Herr **Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Nietz** (Gleiwitz, O.-S.) gewählt.

Verein deutscher Chemiker.

Hauptversammlung 1919.

Da die Universitätsferien in Würzburg vom 1. bis 30. September dauern, wird die **Hauptversammlung** auf die in der Ankündigung (Heft 47, S. 373) genannte Zeit vom 5.—7. September endgültig festgesetzt. Alle Termine bleiben infolgedessen, wie am angegebenen Ort aufgestellt, bestehen.

Wir bitten wiederholt die Fachgruppen, uns die Tagesordnung ihrer Sitzungen bald bekanntgeben zu wollen und bitten andererseits alle diejenigen Fachgenossen, die Vorträge zu halten beabsichtigen, das Thema entweder an uns oder an den Vorsitzenden der dafür in Betracht kommenden Fachgruppe mitzuteilen.

Sitzungen der Fachgruppen.

Fachgruppe für chemisches Apparatenwesen.

Sonabend, den 6./9., vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Rechnungslegung durch den Kassenwart.
3. Entlastung des Kassenwartes.
4. Vorlegung des neuen Voranschlags.

5. Festsetzung des Jahresbeitrages für das folgende Vereinsjahr.
6. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.
7. Preisaufgaben.
8. Vorträge, Besprechungen und Beschlüsse betr. die Fortschritte auf dem Gebiete des Apparatenwesens.

Vorträge sind anzumelden beim Schriftführer der Fachgruppe: Herrn **Dr. H. Oehme**, in Fa. Chemische Fabrik Kalk, Köln-Kalk.

Fachgruppe für „Photochemie und Photographie“.

Tagesordnung für die Sitzung:

1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Vortrag: **K. Schaum** (Gießen): Über die Messung und die Veränderlichkeit photographischer Schwärzungen.

Versammlungen der Bezirksvereine.

Bezirksverein Rheinland.

Am 15./3. fand eine Besichtigung der Kölner Stadtküche am Klingelpütz statt, deren mustergültige Einrichtungen das Interesse aller Teilnehmer erweckte.

Im Anschluß an die Besichtigung war in der Bürgergesellschaft eine **Aussprache über Standes- und Organisationsfragen der Chemiker** anberaunt. Das einleitende Referat hielt Herr **Dr.-Ing. Carstens**, Leverkusen.

Dr.-Ing. Carstens:

Die erste Anregung zur Umgestaltung unserer Vereinsorganisation gab ein Aufsatz unseres Vorsitzenden Herrn **Dr. Diehl** in der

letzten Nummer des vorigen Jahrganges der Zeitschrift. Später erschien ein Referat des II. Vorsitzenden des Niederrheinischen Bezirksvereins, Herrn Dr. Evers, in welchem erweiterte Rechte für die Bezirksvereine gefordert wurden (Chem. wirtschaftl. Nachr. S. 88). Diese beiden Veröffentlichungen sollen neben dem Schreiben des Herrn Dr. F. Jander an den Vorstand (Chem. wirtschaftl. Nachr. S. 95) dem heutigen Referate zugrunde gelegt werden.

Die Organisation soll so geändert werden, daß die Zusammensetzung des Vorstandes besser als bisher der Zusammensetzung des Vereins entspricht, dies läßt sich durch Änderung des Wahlverfahrens erreichen. Die Rechte der Bezirksvereine müssen so frei gestaltet werden, wie es mit einer einheitlichen Leitung des Hauptvereines irgend vereinbar ist. Die Wahlvorschläge müssen einer eingehenden Besprechung unterworfen werden, so daß jeder Gelegenheit hat, Bedenken und Wünsche zu äußern. Die eigentliche Wahlhandlung muß geändert werden. Das unmittelbare geheime Wahlverfahren ist bei einem Verein wie unserem nicht durchführbar. In Betracht kommt ein öffentliches, schriftliches, unmittelbares Wahlverfahren oder ein mittelbares geheimes, bei dem die Wahlmänner in den Bezirksvereinen gewählt werden. Das erste Verfahren dürfte das einwandfreieste sein. Um das Ergebnis von allen Zufälligkeiten frei zu machen, ist zu überlegen, ob nicht die Zusammensetzung des Vorstandes nach Berufsklassen (selbständige und angestellte Chemiker) zahlenmäßig festgelegt werden soll, entsprechend der Zusammensetzung des Vereins und seinem paritätischen Charakter. Die Sicherung möglichst großer Unabhängigkeit für die Vorschläge der Angestellten ist die eine Aufgabe, die Herr Dr. Jander der neu zu gründenden Fachgruppe für Angestellte zuweisen will. Der zweite wichtigere ist ihre sozialpolitische Tätigkeit. Die Gründe für und gegen eine solche Gründung werden besprochen vom Standpunkte des Vereins und von dem der Angestellten aus. Die Gegenstände überwiegen, wie das ja auch in dem soeben verlesenen Schreiben des Bezirksvereins Hannover zum Ausdruck kommt. Die Angestelltenorganisation muß auch wirtschaftliche Fragen vertreten, sie muß alle Kollegen, auch die außerhalb des Vereins deutscher Chemiker stehenden, umfassen und muß umgehend gegründet werden.

Mittlerweile sind schon zwei Organisationen entstanden, die für uns Chemiker in Betracht kommen, 1. die „Vereinigung der Angestellten in Handel und Industrie“, die alle höheren Beamten, Kaufleute und Akademiker umfassen will und u. a. in Elberfeld schon einen Bezirksverein besitzt, 2. der auch in dem Briefe des hannoverschen Bezirksvereins erwähnte „Akademiker-Bund der chemischen Industrie“. Beide stehen auf gewerkschaftlicher Grundlage, betonen aber stärker ihren Gegensatz gegen sozialistische Bestrebungen als den gegen die Unternehmer. Der zuletzt genannte betont ausdrücklich, daß er bereit sei, mit den schon bestehenden Standesvereinen zusammen zu arbeiten.

Der Verein deutscher Chemiker muß sich nun klar darüber werden, wie er sich diesen neuen Vereinigungen gegenüber stellen will. Er muß als Standesverein neutral bleiben und weiter den Boden abgeben für eine gedeihliche Gemeinschaftsarbeit der Unternehmer und Angestellten; zum Besten der deutschen chemischen Wissenschaft und Industrie und zur Förderung des ganzen Standes.

Prof. Dr. Müller, Leverkusen, steht auf dem Standpunkt, daß die Schaffung einer Art Angestelltenfachgruppe nicht in den Rahmen des Vereins deutscher Chemiker gehört, da der Verein ein paritätischer ist. Andererseits hält er die bessere Vertretung der angestellten Chemiker im Vorstand für eine Forderung der Zeit, welche sich schon durch eine intensive Beteiligung der Angestellten bei den Vorstandswahlen in den Bezirksvereinen wohl erreichen lassen wird. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der angestellten Chemiker möchte er besonderen Organisationen überlassen wissen. Hierbei erscheint es wesentlich, daß eine solche Organisation nicht nur Chemiker enthält, da die Kraft einer derartigen Organisation nur durch eine große Zahl von Mitgliedern erreicht werden kann. Diese können die angestellten Chemiker allein nicht aufbringen. Für das richtigste hält er den Anschluß der angestellten Chemiker an eine große Organisation, z. B. die sich neu bildende „Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie“, wobei durch eine fachgruppenartige Organisation die Spezialinteressen der einzelnen Erwerbsgruppen berücksichtigt werden können.

Prof. Dr. Stähler, Köln, erscheint eine Vertretung der angestellten Chemiker auch innerhalb des Rahmens des Vereins deutscher Chemiker durchaus möglich und in relativ kurzer Zeit durchführbar. Dies könnte z. B. geschehen, indem man den sozialen Ausschuß umgestaltet oder einen Ausschuß der angestellten Chemiker durch Wahl aus den einzelnen Bezirksvereinen aufstellt. Man würde so schneller zum Ziel kommen, als wenn ein unabhängiger Angestelltenverband deutscher Chemiker sich erst aufbaut. Zu der Frage der Aufgaben, die von dem Angestelltenverband zu lösen wären, bemerkt er, daß der Hauptwert darauf gelegt werden müßte, daß der im Laboratorium arbeitende Chemiker sowohl gegen die Ausbeutung von Seiten des Kaufmanns als auch andererseits gegen irgendwelche Vergewaltigungsbestrebungen von Seiten der Arbeiter unbedingt geschützt werden muß. Leider zwingen die Verhältnisse

den erfindenden und forschenden Chemiker immer mehr dazu, auch über den Raum des Laboratoriums hinaus die Augen aufzutun und eine festere Fundierung seiner pekuniären Interessen zu erstreben. Zweckmäßig ist hier zweifellos eine Fühlungnahme mit anderen akademischen Berufen, wie Ingenieuren, Physikern u. a., die in ähnlicher Weise ihre geistige Arbeit in den Dienst der Industrie stellen und als Einzelpersonen oft nicht in der Lage sind, eine richtige Bewertung ihrer Schöpfungen gegenüber dem Kapital und dem Proletariat auszudrücken.

Dr. Niegemann, Köln, vertritt im Gegensatz zu Dr. Carstens und Prof. Müller den Standpunkt, daß man versuchen solle, die Frage einer geeigneten Vertretung der Angestellteninteressen innerhalb des Vereins zu lösen. Er weist darauf hin, daß durch eine gewerkschaftliche Organisation der Chemiker außerhalb des Vereins der Kampf Aller gegen Alle zum Schaden der Gesamtinteressen der chemischen Industrie ausschlagen müsse, während die Lösung der Frage innerhalb des Vereins eher eine ruhige Entwicklung und eine Ausgleiche der gegenteiligen Interessen zum Nutzen der chemischen Industrie Deutschlands möglich erscheinen ließe.

Auf den Hinweis, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Gruppen nicht Sache des Vereins sein könne, wies er darauf hin, daß der Chemikerverein wie auch der Ingenieurverein diesen alten Standpunkt bereits durch die Gründung des sozialen Ausschusses verlassen habe und daß dies doch klärllich eine Konzession an die neue Zeit und die Erkenntnis dokumentiere, daß man den alten Standpunkt als unhaltbar erkannt habe.

Herr Dr. Oehme spricht sich dahin aus, daß der Verein deutscher Chemiker nur die allgemeinen Standesinteressen der Chemiker vertreten kann, dagegen ungeeignet ist, zur Vertretung der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen und Forderungen der angestellten Chemiker. Die Vertretung dieser Interessen wird am besten durch einen vom Verein deutscher Chemiker unabhängigen Zusammenschluß bewirkt.

In Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Berliner Chemiker hält Dr. Oehme es für notwendig, diese Interessenvertretung gemeinsam mit den anderen in der Industrie beschäftigten akademischen Berufsständen, vor allem mit den Diplom-Ingenieuren durchzuführen. Dadurch wird die Interessenvertretung auf eine breitere und arbeitsfähigere Basis gestellt. Dieses gemeinsame Vorgehen ist besonders auch deshalb notwendig, weil in den einzelnen Fabriken, besonders in den mittleren und kleineren, die Chemiker auf das Zusammengehen mit den daselbst beschäftigten Ingenieuren angewiesen sind.

Dr. Karau.

In den letzten Jahren habe ich als Vorsitzender des Kölner Bezirksvereins deutscher Ingenieure wiederholt Gelegenheit gehabt, bei Erörterung ähnlicher Fragen zugegen zu sein. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß der Verein deutscher Ingenieure aller Zweige der Ingenieurwissenschaft Männer als Mitglieder hat sowie auch solche, die auf allen Gebieten der Werkstatt- und Betriebstechnik tätig sind, sowohl Betriebsunternehmer als auch Betriebsleiter und angestellte Beamte. Wir haben insbesondere im Kölner Bezirksverein wiederholt Veranlassung genommen, für die Standesfragen tatkräftig einzutreten, haben aber immer wieder hervorgehoben, daß der Verein deutscher Ingenieure kein Angestelltenverein ist und daß die wirtschaftlichen Fragen und das Verhältnis der Angestellten zu den Arbeitgebern außerhalb des Vereins geregelt werden muß. So muß auch der Verein deutscher Chemiker durchaus den Standpunkt vertreten, daß die Frage der Angestellten zu den Unternehmern außerhalb des Rahmens des Vereins deutscher Chemiker liegt. Die Bildung einer Abteilung für Angestelltenfragen würde die Ursache für eine Spaltung im Verein sein können. Der Verein ist groß geworden durch die Einigkeit und das Zusammenarbeiten der Männer der Wissenschaften, der Unternehmer und der angestellten Chemiker. Ich bitte daher dringend dafür einzutreten, daß es jedem einzelnen überlassen bleiben soll, außerhalb des Vereins irgendeiner anderen Vereinigung beizutreten, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse regelt. Die sozialen Verhältnisse, die Standesfragen, die sollen weit mehr, als es bisher geschehen ist, den Verein deutscher Chemiker beschäftigen.

Der Vorsitzende Direktor Guckel, Schlebusch, bringt die Satzungen über die Aufgaben des Vereins deutscher Chemiker zur Verlesung und weist darauf hin, daß eine einseitige Vertretung der privatwirtschaftlichen Interessen eines Teiles der Mitglieder nicht in den Rahmen der vorgezeichneten Aufgaben falle.

Dr. Claassen, Dormagen.

Der Herr Vorsitzende hat mir das, was ich sagen wollte, durch die Vorlesung der Stelle aus den Satzungen über die Aufgaben des Vereins erleichtert. Diese Aufgaben sind also in der Hauptsache die Förderung der chemischen Wissenschaft und Technik, um unsere deutsche chemische Industrie lebensfähig und lebenskräftig zu erhalten. Soziale und wirtschaftliche Fragen können in solchen Vereinen nur in akademischer Form erörtert werden. Als eines der ältesten Mitglieder unseres Hauptvereins und gleichzeitig als langjähriges Mitglied des viel älteren Vereins deutscher Ingenieure, dessen Organisation unser Verein zum Vorbild genommen hat,

möchte ich daran erinnern, daß in den 80 er Jahren schwere Kämpfe im Ingenieurverein ausgefochten wurden, ob es zweckmäßig sei, wirtschaftliche und soziale Fragen in diesen der Förderung der Technik gewidmeten Vereinen zu erörtern. Dieser Streit wurde in zufriedenstellender Weise dadurch gelöst, daß wohl wirtschaftliche und soziale Fragen darin beraten wurden, aber unter Ausschaltung aller einseitigen Interessenvertretungen. Diesen Standpunkt sollten wir auch zur heutigen Zeit einhalten und in gemeinsamer Arbeit unsere Nährmutter, die angewandte Chemie, fördern, dagegen die Interessenvertretungen, sowohl der Unternehmer als auch der angestellten Chemiker, besonderen Vereinigungen überlassen.

Dr. J o r d a n.

Im Verein deutscher Chemiker soll als einem paritätischen Verein kein Unterschied bestehen zwischen angestellten und selbständigen Chemikern oder Unternehmern. Da aber das Verhältnis der Mitgliederzahl von angestellten zu selbständigen Chemikern etwa wie 65:35 ist, so sollte dieses Verhältnis auch in der Zusammensetzung des Vorstandes zum Ausdruck kommen. Die Vorstandswahl müßte daher in Zukunft in anderer Weise getätigt werden als bisher. Es könnten vor der großen Hauptversammlung zu diesem Zweck Vorschläge erfolgen oder Wahlen in den einzelnen Bezirksvereinen stattfinden. Ein geeigneter Weg würde sich wohl finden.

Herr Privatdozent Dr. K e s s e l e r, Köln, spricht sich gegen die Einrichtung einer fachgruppenartigen Organisation zur Vertretung der privatwirtschaftlichen Interessen der angestellten Chemiker innerhalb des Vereins deutscher Chemiker aus; er hält es aber für wünschenswert, daß der Vorstand des Hauptvereins erweitert wird, um dadurch das Interesse der Mitglieder an der Wahl zu wecken.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Der Rheinische Bezirksverein des Vereins deutscher Chemiker steht auf dem Standpunkt:

1. Die Gründung einer besonderen Fachgruppe, welche die wirtschaftlichen Interessen der angestellten Chemiker vertreten soll, entspricht nicht der Aufgabe des Hauptvereins, wie sie durch die Satzungen und die häufigen Erklärungen des Vorstandes festgelegt sind.

Es liegt auch nicht im Interesse des Hauptvereins, diese Aufgaben zu ändern, da er ein paritätischer Verein sein soll und bleiben will; er will die sozialen und Standesinteressen des gesamten Chemikerstandes, aber nicht die einzelwirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertreten. Eine Vertretung dieser einzelwirtschaftlichen Interessen muß einer besonderen Vereinigung außerhalb des Vereins überlassen bleiben.

2. Der Rheinische Bezirksverein steht auf dem Standpunkte, daß der Vorstand des Hauptvereins nicht der Zusammensetzung des Vereins entspricht und daß eine angemessene Vertretung der Angestellten im Vorstand dringend erforderlich ist.“

Der Schriftführer
Privatdozent Dr. Kessler.

Märkischer Bezirksverein.

Sitzung am 15./4. 1919 abends 7 Uhr im Meistersaal, Köthener Str. 38.

Vorsitzender: Professor Dr. Beisenegger; Schriftführer: Dr. A. Buss.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Professor G r o ß m a n n einige kurze Mitteilungen betr. technisch-wirtschaftliche Gesellschaft für Kohlenverwertung und ladet die Mitglieder des Märkischen Bezirksvereins zur Teilnahme an der nächsten Sitzung der Gesellschaft ein.

Der vom Schriftführer verlesene Bericht über die Märzszung wird genehmigt. Nach Verlesung der vorgeschlagenen Mitglieder durch den Schriftführer erhält Dr.-Ing. Friedrich Moll das Wort zu seinem Vortrag: „Über die Giftwirkung anorganischer Verbindungen auf Pilze.“ Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag,

der in der „Angewandten“ veröffentlicht werden soll, regt eine interessante Aussprache zwischen Dr. A u e r b a c h, Professor S t o c k, Geheimrat H o l d e und dem Vortragenden an.

Hiernach berichtet Professor H e s s e über den Stand der Angestelltenfrage im Verein deutscher Chemiker. Er bittet besonders um Stellungnahme zu seinen Ansichten über diesen Gegenstand, damit er in der am 10./5. in Halle stattfindenden Vorstandsratsitzung die Meinung des Märkischen Bezirksvereins vortragen kann. Im Anschluß hieran teilt Dr. K u r t R e i s e n e g g e r mit, daß der Bund der angestellten Chemiker und der Akademikerbund der chemischen Industrie zu einem „Bund der angestellten Chemiker und berufsverwandten Ingenieure Deutschlands“ verschmolzen sind. Dieser Bund lehne zwar einen unmittelbaren Anschluß an den Verein deutscher Chemiker ab, empfiehlt aber seinen Mitgliedern den persönlichen Beitritt zu unserem Verein.

Aus der weiteren Erörterung, an der sich Dr. D i e h l, Professor H e s s e, Geheimrat H o l d e und Professor S t o c k beteiligen, geht die Ansicht des Märkischen Bezirksvereins dahin hervor, daß der Vorstandsrat seiner Zusammensetzung nach erweitert, seine Tätigkeit verstärkt und seine Rechte vergrößert werden müßten. Die Versammlung erklärt sich einstimmig mit den Ausführungen Professor H e s s e s einverstanden.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung berichtet Direktor H a r t u n g über den Bund technischer Berufsstände, insbesondere über die Tagung in Eisenach. Der Vorsitzende spricht unserem Vertreter im Bunde für seine hingebende Tätigkeit, die nicht unerhebliche Opfer an Zeit und Arbeitskraft erfordert, den Dank des Vereins aus.

Dann führt Dr. H e r m a n n R a b e einen neuen Zugmesser vor, der sich durch große Einfachheit auszeichnet.

Schluß der Sitzung 9,15 Uhr.

Dr. A. Buss.

Sitzung am 20./5. 1919, abends 7 Uhr, im „Meistersaal“, Köthener Straße 38.

Vorsitzender: Patentanwalt Dr. C. W i e g a n d; Schriftführer: Dr. A. Buss.

Nachdem der Vorsitzende die Sitzung um 7,15 Uhr eröffnet hat, wird der vom Schriftführer verlesene Sitzungsbericht vom 15./4. genehmigt. Darauf berichtet Dr. D i e h l an Stelle des am Erscheinen verhinderten Abgeordneten zum Vorstandsrat, Professor Dr. H e s s e, eingehend über die Vorstandsratsitzung am 10./5. in Halle. Besonders weist Redner auf den Beschluß des Vorstandes hin, auf der Hauptversammlung, die Ende September in Würzburg stattfinden soll, einen Antrag auf Satzungsänderung einzubringen. Da satzungsgemäß ein solcher Antrag von 5% der Mitglieder unterstützt sein muß, so bittet Dr. D i e h l die Mitglieder, ihre Unterstützung an den Schriftführer gelangen zu lassen.

Der Vorsitzende gedenkt dann des Ablebens von Geheimrat Professor Dr. M a x D e l b r ü c k, der dem Märkischen Bezirksverein seit Begründung als Mitglied angehörte. Dr. W i e g a n d widmet dem Verstorbenen einen herzlichen Nachruf und die Anwesenden ehren das Andenken an den Toten in der üblichen Weise.

Nachdem der Schriftführer die Namen der aufgenommenen und der neu gemeldeten Mitglieder verlesen hat, erhält Professor Dr. P r i n g s h e i m das Wort zu seinem Vortrag: *Über Strohaufschluß für Futterzwecke.*

Der überaus fesselnde Vortrag, der in der Vereinszeitschrift erscheinen soll, findet den lebhaftesten Beifall der Versammlung und an einer recht interessanten Aussprache beteiligen sich die Herren Geheimrat Professor Dr. B e c h m a n n, Dr. E i c h e l b a u m, Dr. H e c k e r, Dr. P e t e r s, Dr. R o d t, Professor Dr. S t o c k, Dr. W i e g a n d und Dr. H a n s W o l f f.

Schluß der Sitzung 8,50 Uhr.

Dr. A. Buss.

Nachruf.

Dr. phil. August Rausch †.

In den letzten Monaten des Weltkrieges fiel als Infanterieoffizier und Kompagnieführer an der Westfront unser Fabrikchemiker Dr. phil. A u g u s t R a u s c h. Er war mehrere Monate vor Ausbruch des Krieges kurz nach seiner Promotion als Laboratoriums- und später als Fabrikchemiker bei uns eingetreten. Von Anfang an zeichnete sich Dr. R a u s c h durch regen Eifer, umfassende wissenschaftliche Kenntnisse und ein bestimmtes, aber sehr liebenswürdiges Auftreten aus und in kurzer Zeit war er allen, die mit ihm zu tun hatten, ein geschätzter Mitarbeiter geworden.

Aus einer eifrigen Tätigkeit und aus interessanten Versuchen von großer Tragweite, die er gerade bearbeitete, riß ihn der Ruf zu den Fahnen im Sommer 1914 heraus. Er zog als Vizefeldwebel der Infanterie ins Feld, kämpfte auf allen Kriegsschauplätzen nach

seiner Beförderung zum Offizier als Infanterist und später auch als Flieger. Welches Vertrauen ihm seine militärischen Vorgesetzten schenkten, zeigte sich darin, daß er bald, trotz junger Jahre, zum Adjutanten ernannt wurde. Vier Jahre lang war das Kriegsglück ihm hold. Erst zuletzt in den großen Kämpfen an der Westfront ereilte ihn sein Schicksal.

Uns ist mit ihm ein fleißiger, von allen, die ihn kannten, geschätzter Mitarbeiter entrissen, von dem wir noch manche tätige Hilfe und rege Mitarbeit an der Erweiterung und Vergrößerung unseres Unternehmens erhofften. Ein dauerndes und ehrenvolles Andenken ist ihm in den Annalen unserer Fabrik gesichert.

Verein chemischer Fabriken
Aktiengesellschaft Werk R e h m s d o r f.